

## 5611 ist Chefsache

Auch ein erstaunlich zahmer Auftritt der Opposition kann einen Staatsminister erzürnen. Zwar bemühten sich die Oppositionsparteien allesamt, ihre Nähe zum jüngsten Jugendprotest zu unterstreichen, dennoch fiel ihre Kritik am Gesetzesprojekt 5611 eher leise aus. Der Premier jedoch sah das anders und bestieg am Tag der Parlamentsdebatte nach der Mittagspause eigenmächtig das Rednerpult und starte von dort aus eine seiner berühmten Allround-Abrechnungen ("Een-zelner können eppes erliewen, wa se sou virufueren"). Zunächst nahm er sich des Vorwurfs an, die Sparmaßnahmen seien "soss näischt wéi den diabolische Plang, de klenge Leit de Botter vun der Schmier ze huelen", gefolgt von der x-ten Rechtfertigung seiner jugendfeindlichen Aussagen bis hin zur Replik auf die Kritik, sein traditionelles Pressebriefing sei in erster Linie eine persönliche Abrechnung mit der Aktualität. Eine solche externe Redebeschneidung des Staatsministers trage nicht zur allseits gewünschten Streitkultur in Luxemburg bei, so Junckers Klarstellung. Nach immerhin 30 Minuten Redezeit im Parlament, wo niemand so recht wusste, unter welche Rubrik im Protokoll diese Intervention einzuordnen war, fasste sich Parlamentspräsident Lucien Weiler ein Herz und wollte wissen, "wéi laang Dir, Här Staatsminister, nach gedenkt ze schwätzen?" - wegen des Timings der Parlamentsarbeit. Juncker ließ sich nicht beirren und brachte seine Zweifel an seinen Ministern (die eigentlich als Redner eingeschrieben waren) unverhohlen zum Ausdruck. Er könne schneller aufhören, schloss der Premier, wenn er etwa die Garantie habe, dass der Gesundheitsminister "selwer a grouss seng Politik hei verdeedegt". Das Fazit Weilers, der Staatsminister habe nur am Rande zum eigentlichen Thema der Debatte, dem 5611, gesprochen ... "Dat ass de Kombel", unterbrach ihn Juncker auf dem Weg zurück zu seinem Sitzplatz; er lege wirklich großen Wert darauf, dass er sehr wohl zur vorangegangenen Debatte Stellung bezogen habe. Doch Weiler konnte sich zur Freude der drei zuständigen Minister durchsetzen und packte Junckers Redeschwall kurzerhand ("wann d'Chamber domatt averstanen ass") unter den Artikel 80 der Verfassung, demnach ein Minister zu allgemeinen politischen Themen Stellung beziehen darf, "well mer soss op Grond vun eisem Reglement keng Zäit méi fir déi zoustänneg Ressortministeren hätten". Womit das Chamber-Reglement wieder in Kraft war. Chefsachen können auch postum in Ordnung gebracht werden.

## Die Kinderprostitution

"Die 'klassische' Prostitution auf dem Straßenstrich in der Rue d'Alsace wird - mit wenigen Ausnahmen - respektiert", so Bürgermeister Paul Helminger beim letzten City Breakfast. Das eigentliche Problem sei eine steigende Beschaffungsprostitution, die sich weder an Zeiten noch an Orte binden ließe. Unter den Betroffenen seien leider auch immer mehr Mädchen und Jungen. Zugetragen wurden Helminger diese Informationen von Streetworkern des Service de la jeunesse der Hauptstadt. Helminger, der in Zeitungsberichten zitiert worden war, es gebe in Luxemburg-Stadt Kinderprostitution, stellte gegenüber der woxx klar, er habe nie von Babystrich gesprochen. Gemeint seien Minderjährige, die auf der Strasse leben und die zum Teil drogenabhängig sind. Zahlenangaben zu diesem Phänomen gibt es nicht. Marc Kayser, Verantwortlicher des städtischen Jugenddienstes, erklärt: "Es gibt erneut Bemühungen der Stadt, des Familienministeriums und des Jugendschutzes, um ein "refuge pour mineurs" zu eröffnen." Schon 2001/02 hatte es Vorstöße in diese Richtung gegeben. Mittlerweile hat die Stadt zu diesem Zweck ein Doppelhaus im Bahnhofsbereich gefunden. Doch, so Marc Kayser, sei es nach wie vor unklar, wie die rechtliche Situation von Minderjährigen zu regeln sei, die weder nach Hause noch in Institutionen wie Dreiborn wollen, deshalb sei der Eröffnungszeitpunkt einer solchen Struktur nach wie vor offen.

*EUMC-Präsidentin Beate Winkler findet die Verwendung des Begriffs "Islamophobie" unproblematisch. KritikerInnen monieren, der Terminus verschleierte den Rassismus und erwecke zudem den Eindruck, dass die Probleme des gesellschaftlichen Ausschlusses einzig mittels religiöser Integration zu lösen seien.*

*(Foto: EUMC/Michaela Bruckberger)*

## RASSISMUS

# "Viele Muslime fühlen sich unter Generalverdacht"

**woxx: Wie lauten die wichtigsten Erkenntnisse der Studie?**  
**Beate Winkler:** Unsere Studie zeigt, dass Muslime in unterschiedlichen Bereichen diskriminiert werden, am Arbeitsmarkt, im Bildungsbereich und auch im Wohnbereich. Gleichzeitig haben wir versucht, ein klares Bild zur Gewalt gegenüber Muslimen zu bekommen. Und wir mussten feststellen, dass die europäischen Mitgliedsstaaten im Allgemeinen nicht genug Daten erheben. Wir verbinden mit dieser Studie deshalb auch die Aufforderung, die Datenerhebung wesentlich zu verbessern.  
**Unabhängig davon, wie viel Aufklärungsarbeit die einzelnen Länder betreiben, geschieht dies also auf mangelhafter empirischer Grundlage?**  
Wir haben ja alle Daten zusammengetragen, die vorhanden sind, das heißt die offiziellen Statistiken wie auch die Daten, die uns Nichtregierungsorganisationen, spezielle Einrichtungen und Kommissionen zur Verfügung gestellt haben. Aber das genügt noch nicht. Wir brauchen ein deutlicheres Bild. Trotzdem sind die Informationen in vielen Ländern doch so klar, dass wir sagen können: Eine Diskriminierung liegt vor.  
**Könnten Sie auch eine Tendenz feststellen?**  
Eine Zunahme ist feststellbar, vor allen Dingen, was die Frage der Einstellungen und der Abwehrhaltungen betrifft. Der 11. September war ein negativer Meilenstein; die Angst ist gewachsen, und auch die Abwehrhaltung. Viele Muslime fühlen sich unter Generalverdacht gestellt und das trägt natürlich nicht zur Integration bei. Integration ist aber immer eine Aufgabe, der sich beide Seiten stellen müssen.  
**Wie könnten die von Ihnen eingeforderten effektiveren Maßnahmen gegen Rassismus aussehen?**  
Erstens brauchen wir eine effektive Antidiskriminierungsgesetzgebung, die Europäische Union hat diese Richtlinien definiert und verabschiedet. Sie sind auch in fast allen Mitglieds-



staaten implementiert worden. Aber die einzelnen Gleichbehandlungsstellen, die damit betraut sind, müssen noch effektiver ausgestattet werden, um die Opfer besser unterstützen zu können und damit in diesem Bereich geforscht wird. Zweitens muss man noch mehr tun, was die Datenerfassung betrifft, um ein spezifischeres und klareres Bild zu bekommen. Selbstverständlich muss man auch für mehr Bildung und Ausbildung in allen Berufssparten sorgen, die mit diesem Fragenkomplex befasst sind. Das ist die Polizei, das sind die Lehrer, das bedeutet vor allem aber auch Training für all diejenigen, die in öffentlichen Einrichtungen mit den jeweiligen Bevölkerungsgruppen befasst sind.  
**Wie steht's um die Bilanz für Luxemburg?**  
Wir haben für Luxemburg kaum Daten. Was wir jedoch haben, sind Beispiele für so genannte "good practice". Etwa Initiativen von Firmen, die Muslimen die Möglichkeit gegeben haben, am Arbeitsplatz beispielsweise ihren Gebeten nachgehen zu können. Oder im Bereich der Bildung, wo mehr Informationen über die unterschiedlichen Religionen vermittelt werden. Es gibt auch schöne Initiativen im interkulturellen Dialog. Das ist sehr wichtig, weil es dabei um Maßnahmen geht, die Perspektiven zeigen und das Fremde nicht zu etwas Bedrohlichem machen, sondern eben auch zu etwas, das fasziniert und bereichert, ohne die Probleme,

die im Alltag vorhanden sind, zu verschweigen.  
**Wer steht die mangelnde Datenerfassung in Luxemburg betreffend in der Pflicht?**  
Wir brauchen sicherlich von der Regierung noch umfassendere und genauere Daten. Aber das betrifft nicht Luxemburg allein. Nur ein einziges Mitgliedsland, Großbritannien, verfügt über ein wirklich umfangreiches Datenerfassungssystem.  
**Laut Studie fehlt in Luxemburg auch eine gesonderte Kriminalstatistik, die Muslime als Opfer von durch Hass motivierten Gewalttaten ausweist.**  
Ja. Man braucht Daten, um eine effiziente Politik zu machen. Es käme keiner auf den Gedanken, eine gute Wirtschaftspolitik ohne gesicherte Daten machen zu wollen.  
**Die Begriffe Antisemitismus oder Islamophobie sind zudem in der politischen Debatte hart umkämpft. Stellt das ein Problem für die wissenschaftliche Arbeit des EUMC dar?**  
Natürlich, weil sich das auch auf die Datenlage bezieht und manchmal auch eine politische Instrumentalisierung erfolgen kann. Doch wir benutzen die internationalen Definitionen, die beispielsweise vom Europarat mit formuliert wurden, um mit den internationalen Institutionen vergleichbare Daten zu gewinnen.  
**Ist es nicht gefährlich, den Begriff Rassismus durch "Islamophobie" zu ersetzen und**

**damit ein künstliches Amalgam von liberalen Muslimen mit radikalen Islamisten zu schaffen?**  
Ich sehe diese Gefahr nicht - ohne dieses Argument vom Tisch wischen zu wollen. Das ist keine Frage von Religion allein, wie alle unsere Studien zeigen. Es gibt eine enge Vermischung von Ethnizität und Religion, die von den meisten gar nicht mehr wahrgenommen wird, wie auch die Forschung belegt.  
**Manche Muslime kritisieren dies als "Konfessionalisierung" der Debatte, die eine "Islamfeindlichkeit" zum Hauptproblem deklariert, während eigentlich gemeiner Rassismus das Thema sein sollte.**  
Ich verstehe das, aber das Phänomen ist nun einmal so, dass diese Vermischung durch die Allgemeinheit erfolgt und sich auf ganze Gruppen bezieht. Vorurteile und Formen von Diskriminierung entstehen auch, weil man nicht genau hinschaut, was ist die Haltung und Einstellung der jeweiligen Person. Es geht meist um Vorurteile gegen ganze Gruppen.  
**Die Lektüre der Studie weckt in Teilen den Eindruck, dass über den Respekt gegenüber der Religion als Privatsache hinaus eine allgemeine Aufwertung des Religiösen betrieben wird.**  
Durch diese Studie?  
**Im Kontext des Karikaturenstreits ist in der Studie etwa davon die Rede, das Recht auf Meinungsfreiheit sei nicht absolut.**  
Das ist nicht unsere Auffassung, sondern das ist bestehendes Recht. Sie können eine strafrechtlich relevante Beleidigung nicht mit Meinungsfreiheit rechtfertigen.  
**Die Karikaturen waren nach den in westlichen Ländern geltenden Gesetzen keineswegs strafbar. Dennoch wird von Ihnen das Recht auf Meinungsfreiheit in diesem Zusammenhang relativiert.**  
Es wird nicht von uns relativiert, sondern wir weisen auf die rechtliche Begrenzung hin: und zwar wenn die Würde des anderen dadurch beeinträchtigt wird. Das sind Strafgesetze, keine moralischen Werte.  
**In dem Bericht ist immer wieder vom Dialog die Rede. Wer soll daran teilnehmen?**  
Alle: Die Menschen vor Ort - das ist ja keine große nebulöse Menge von Millionen von Menschen. In den Dialog miteinbezogen werden müssen einmal die Muslime selber, und wir haben auch klar gesagt, sie müssen mehr tun. Sie müssen sich viel mehr einbringen, etwa in den lokalen Bereichen, in Sportvereine, politische Parteien, et cetera. Und natürlich auch die lokalen Gemeinden. Die Gemeinden sind hier also ganz besonders gefordert und sie haben auch enorme Möglichkeiten, auch weil ja alles fast immer eine lokale Auswirkung hat.  
**Muss der interkulturelle Dialog bis hin zur Preisgabe eines fortschrittlichen Universalismus gehen?**  
Nein. Es gibt keine Diskussion um die Rechtsordnung und die Menschenrechte. Diese müssen in allen europäischen Ländern von allen respektiert werden.

Thorsten Fuchshuber

## Zur Person

Beate Winkler ist Direktorin der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) in Wien. Hauptaufgabe der auf Beschluss des Europarates gegründeten Stelle ist nach eigenen Angaben, die europäische "Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten mit objektiven, verlässlichen und vergleichbaren Daten" zu Rassismus und Diskriminierung in der EU zu versorgen. In der Vergangenheit wurde die EUMC jedoch wiederholt scharf kritisiert. So etwa im Jahr 2003, als eine Studie zu Antisemitismus unter Verschluss gehalten wurde, da man fürchtete, sie könne islamfeindliche Reaktionen hervorrufen (woxx 723). Die Studie hatte nicht nur Rechtsextreme, sondern auch radikale Muslime als potenzielle Täter antisemitisch motivierter Vergehen benannt.